

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 482 C

5. Juni 2012

37. Jahrgang

## 3. Klimaschutzkonferenz

**Für Senator Müller ist es eine wichtige Aufgabe der Berliner Energiepolitik, die Mieter vor künftig steigenden Energiekosten zu schützen.**

Wenn etwas dreimal in Folge stattfindet, dann hat das Projekt Tradition. **Peter Strieder**, der frühere Berliner Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (1996-2004), ist auch heute noch in diesem Bereich tätig, allerdings als Senior Partner bei der Ketchum Pleon GmbH. Für diese führte er am 4. Juni bereits die dritte Klimaschutzkonferenz, erneut im Schöneberger Gasometer, durch. Getragen wird die Konferenz von der GASAG und Vattenfall sowie von der Senatskanzlei. 300 Experten trafen sich im Rund des Gasometers unter der inzwischen europaweit berühmten Kuppel, aus der sonntags **Günther Jauch** die Fernsehzuschauer mit seinem Polit-Talk beglückt.



Ging es am 3. Juni bei Jauch noch um die „Herdprämie“, befasste man sich nur elf Stunden später mit der Frage, mit welcher Energie man einen Herd warm bekommt. Eingeladen waren hochkarätige Energie-Experten, die energie- und umweltpolitischen Sprecher der Abgeordnetenhausfraktionen und Strieders Nachfolger im Amt des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz, **Michael Müller**.

„Die klimaschutz- und energiepolitische Diskussion hat sich seit 2010, in dem Jahr, wo die erste Berliner Klimaschutzkonferenz stattfand, in Deutschland und im Land Berlin verändert und deutlich weiterentwickelt. Es muss wohl immer erst etwas passieren. So sagt man es für gewöhnlich, wenn man verantwortliches Handeln zur Abwendung einer Gefahr anmahnt. Mit diesen Worten konstatiert man aber auch, wenn das Befürchtete eingetreten ist und schließlich Auslöser eines Handelns ist, das eine Wiederholung der Katastrophe zu verhindern sucht“, begann Müller seine rund 30-minütige Rede.



„Die Ereignisse von Fukushima am 11. März 2011 und in den darauf folgenden Wochen sind genau eine solche Katastrophe. Einmal mehr, denn es war nicht das erste Ereignis dieser Art, rückte ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit, wie verletzlich unsere Erde ist und dass eine auf Atomkraft gestützte Energieerzeugung alles andere als ‚sauber‘ und sicher ist, dass sie Risiken birgt, die die Menschen offensichtlich nicht vollends beherrschen. Mit dem globalen Klimawandel droht eine Katastrophe ganz eigener Kategorie. Hier haben wir es nicht mit einem Momentanereignis, sondern mit einer Entwicklung zu tun, die sich aus einer Vielzahl von in ihrem Ausmaß potenziell wachsenden Katastrophen zusammensetzt. Was zunächst als eine Häufung nur regional erlebter

Naturkatastrophen beginnt, droht zu einer nicht mehr kontrollierbaren Kettenreaktion von Zerstörungen sich einander bedingender lebenserhaltender Systeme zu werden.“

Müller findet es begrüßenswert, dass diese Erkenntnis auch bei der Bundesregierung angekommen ist und neben den schlimmen Eindrücken der Katastrophe von Fukushima mit Auslöser für die Energiewende in Deutschland ist.“ Die Bundesregierung habe auf den Druck der Bürgerinnen und Bürger reagiert, so Müller, „den Atomausstieg beschlossen und verfügt, dass 2022 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet wird. Jetzt geht es darum, nicht nur umzuschalten, sondern mit voller Kraft die Energiewende voranzutreiben.“ Für **Michael Müller** muss dabei im Vordergrund stehen, „dass der Atomausstieg unumkehrbar bleibt und bei der Energiewende alle mitmachen können.“

Vier Punkte sind dem Umweltsenator in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

1. Die Energiewende muss gerecht sein. Die Kosten tragen wir gemeinsam und solidarisch. Strom muss für die Bürger sicher und bezahlbar bleiben, damit die Bürger sich eine warme Wohnung und Mobilität weiterhin leisten können. Und wir müssen sie unterstützen, wenn sie z.B. ihr Haus Wärmedämmen.
2. Bis 2050 wollen wir in Deutschland auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen. Dabei ist es wichtig, dass wir uns darauf konzentrieren, Energie effizient zu nutzen und Bürger sowie Unternehmen zu unterstützen, wenn sie Strom sparen oder auf erneuerbare Energien umstellen.
3. Zur Energiewende gehört aber auch, dass wir Arbeitsplätze schützen und neue schaffen. Wir müssen kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, wenn sie erneuerbar produzieren. Ferner muss für die energieintensive Industrie Strom bezahlbar bleiben, denn sie sichert zahlreiche Arbeitsplätze. Nicht zuletzt entstehen in der Branche der erneuerbaren Energien hunderttausende neue Jobs.
4. Die Städte und Regionen sind unsere besten Energieversorger. Sie können besser entscheiden, wie erneuerbare Energien sinnvoll eingesetzt werden und wo investiert werden

muss, um Energie zu sparen. Die großen Stromkonzerne, die hauptsächlich am Profit orientiert sind, verlieren ihr Monopol.

„Eine der größten Herausforderungen der Energiewende ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Energieproduktion“, so Müller. „Der Ausbau erneuerbarer Energien läuft im Wesentlichen planmäßig, aber auch nicht schneller als vor der so genannten Energiewende.“

„Als Bundeshauptstadt und als größte Stadt Deutschlands haben wir den Anspruch, in der Energie- und Klimaschutzpolitik eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion einzunehmen. Nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik hat im Land Berlin deshalb Tradition“, sagte der Umweltsenator und fügte als Beispiele hinzu: „1990 wurde das Energieeinspargesetz verabschiedet, 1992 die Berliner Energieagentur gegründet, die als ein modernes Energiedienstleistungsunternehmen in Berlin agiert. Berlin verfügt über das längste Fernwärmenetz Europas und auch der hohe Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung ist ein Zeichen dafür, dass Berlin nicht auf die Energiewende gewartet hat. Berlin ist bereits heute Modellstadt für Kraft-Wärme-Kopplung, die wir auf Basis nachwachsender Rohstoffe ausbauen wollen. Als Energieverbraucher wollen wir künftig mehr ‚grünen‘ Strom beziehen und dabei auch mit unserem Nachbarland Brandenburg kooperieren.“

Wir setzen auf Energieeffizienz, Energieeinsparung - und zwar in allen Sektoren - und den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Möglichkeiten des Einsatzes Erneuerbarer Energien im urbanen Raum wie Berlin eingeschränkt sind. Dennoch werden wir für die öffentliche Hand Strom aus Erneuerbaren Energien nutzen und auch mehr Solaranlagen auf Dächern Strom produzieren lassen.

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die integrierte Lösungsansätze braucht. Dazu gehört die Entwicklung moderner Stadtquartiere, die energieeffiziente Mobilität und auch die Stadt attraktiv zu machen für die Ansiedlung von Technologieunternehmen aus dem Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Die jetzige Koalition steht maßgeblich dafür ein, dass der Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin auch im Bereich der Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut wird.“

Müller weiter: „Auch im Bereich Mobilität sind wir auf einem guten Weg: Wir haben uns gemeinsam mit Brandenburg als eine von vier Regionen in ganz Deutschland als Modellregion Elektromobilität im Wettbewerb um Bundesmittel durchsetzen können. In den kommenden drei Jahren kann Berlin daher auf bis zu 50 Mio. Euro Fördermittel für innovative Projekte zurückgreifen. So sollen zum Beispiel bis zum Jahre 2015 ca. 4.000 Strom betriebene PKW, LKW und Busse in der Region fahren.“

In einer Mieterstadt wie Berlin und einem hohen Anteil am Gebäudebestand haben Fragen der energetischen Gebäudesanierung natürlich einen herausgehobenen Stellenwert. Der Gebäudebestand unserer Stadt wird bei der Erreichung der Klimaschutzziele eine wichtige Rolle spielen. Berlin ist im Bereich der energetischen Gebäudesanierung bereits auf einem guten Weg. So werden wir zum Beispiel das Berliner Modell der Energiesparpartnerschaften in landeigenen Liegenschaften quantitativ und qualitativ ausbauen. In über 1.300 öffentlichen Gebäuden wird dieses Modell des Energiespar-Contractings erfolgreich angewendet und soll künftig auch durch Maßnahmen zur Wärmedämmung und zum Einsatz Erneuerbarer Energien ergänzt werden.“ „Berlin hat sich bereits in der rot-roten Koalition das Ziel gesetzt, bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 zu senken. In der neuen Koalition haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu machen.“

„Klimaschutz ist aufgrund der hohen Energieverbräuche eng verbunden mit Gebäudeeffizienz. Klimaschutz ist Verkehrspolitik. Klimaschutz ist Stadtbegrünung. Klimaschutz heißt auch Entwicklung moderner Stadtquartiere, um nur einige Beispiele für die enge Verzahnung zu nennen. Die Klimaschutzpolitik meines Hauses stellt auf eine höchstmögliche Transparenz und Informati-

on ab. Damit möchte ich Unsicherheiten und Spekulationen vermeiden und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erzielen“, erklärte **Michael Müller** den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz.

„Was die organisatorische Gestaltung der Berliner Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung anbelangt“, so Müller, „befinden wir uns hier in der Phase der Prüfung aller Varianten. Dies schließt auch die Idee eigener Stadtwerke ein. In den Jahren 2013 und 2014 laufen die Konzessionsverträge für die Gas-, Strom- und Fernwärmenetze in Berlin aus. Diese Tatsache nehmen wir zum Anlass, um Möglichkeiten einer stärkeren politischen Einflussnahme auf die Gestaltung der Berliner Energieversorgung aus sozial- und umweltverträglichen Gesichtspunkten zu prüfen.“



*Foto: GASAG-Chef Olaf Czernomoriez und Michael Müller auf der 3. Klimaschutzkonferenz. Foto: paperpress*

„Aus alledem wird klar, dass die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist. Ihre Grundpfeiler sind Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit sowie gesellschaftliche Akzeptanz. Hier gibt es noch sehr viel zu tun. Wichtige Entscheidungen zum Leitungs-, aber auch zum Kraftwerksbau sowie zur weiteren Förderung der erneuerbaren Energien dürfen nicht länger hinausgeschoben werden. Was wir deshalb im Einklang mit der Mehrzahl der Bundeslän-

der fordern, ist ein verlässlicher Fahrplan für den Klimaschutz und den Umbau zu einer umweltverträglichen, zuverlässigen und wirtschaftlichen (d. h. auch bezahlbaren) Energieversorgung.“

Für Berlin als Großstadt und zugleich Stadtstaat stellt das eine gewaltige Herausforderung dar. Zwar ist Berlin weder ein Standort für energieintensive Schwerindustrie noch wird hier (von einem Holzkraftwerk Vattenfalls einmal abgesehen) neue Kraftwerksinfrastruktur geplant. Auch als Endlagerstandort für Atommüll oder CO<sub>2</sub>-Speicherung kommt Berlin nicht in Frage. Ebenso wenig für Stromüberlandleitungen oder Pumpspeicherkraftwerke. Für Berlin erlangt die Energiewende in erster Linie in unserer Eigenschaft als Energieverbraucher Bedeutung.

Die Sicherung angemessener (bezahlbarer) und wettbewerbsfähiger Strompreise für Verbraucher und Unternehmen ist uns von daher ein ganz besonderes Anliegen. So wird die Energiewende auch die privaten Verbraucher, die kleine und mittelständische Wirtschaft sowie die öffentliche Hand belasten. Nach Schätzung der Bundesnetzagentur könnte sich allein der durch die Energiewende nötige Netzausbau den Haushaltsstrom in den kommenden zehn Jahren um fünf bis sieben Prozent verteuern. Ein erheblicher Teil des Stromverbrauches wird in Berlin direkt oder indirekt von der öffentlichen Hand finanziert. Es liegt somit auf der Hand, dass wir die Verbraucherinteressen und damit die Strom- und Energiekosten kritisch im Auge behalten müssen.

Und so sehen wir in der Energiewende grundsätzlich und insbesondere in Berlin auch eine soziale Herausforderung. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn die künftige Energieversorgung nicht nur sicher und ökologisch ausgestaltet wird, sondern Energie auch für aller Bürger und Bürgerinnen bezahlbar bleibt. Die besondere Situation Berlins ist dadurch gekennzeichnet, dass hier rund 85 Prozent der Menschen zur Miete leben. Bei leider nicht wenigen liegt außer-

dem das verfügbare Einkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Berliner Energiepolitik, die Mieter vor künftig steigenden Energiekosten zu schützen. Langfristig geht das nur über die Reduzierung des Energiebedarfs im Gebäudebestand und den sukzessiven Umstieg auf Erneuerbare Energien. Es ist dies im Übrigen auch ein ganz entscheidender Aspekt in der Diskussion um ein mögliches Berliner Klimaschutzgesetz. Diese Diskussion haben wir keineswegs abgehakt. Sie wird weitergehen und welche Rolle der Gebäudebestand dabei spielen kann und soll, werde ich mit den maßgeblichen Verbänden der Stadt erörtern“, sagte der Senator abschließend.

### **Hintergrundinformationen zur 3. Klimaschutzkonferenz**

Klimaschutz stellt für Städte eine besondere Herausforderung dar: Sie verbrauchen 75 Prozent der weltweit genutzten Energie und sind für 80 Prozent der Treibhausgase verantwortlich. Ein hohes Verkehrsaufkommen, Industrie, Heizung und Strom für Büros und Haushalte gehören zu den Verursachern. Experten prognostizieren, dass sich die Lebensqualität aufgrund der globalen Erderwärmung in dicht besiedelten Gebieten besonders verschlechtern wird. Zum Beispiel werden extreme Wetterverhältnisse wie Hitzeperioden oder Starkregen die Stadtbewohner zunehmend belasten. Gleichzeitig müssen Mobilität und Energieversorgung langfristig gesichert sein.

Um urbanes Leben nachhaltig zu gestalten, müssen die Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel vor Ort ansetzen. Aufgrund ihrer Infrastruktur können Städte Vorreiter beim Klimaschutz sein: Sie können Stadtplanung, Mobilität, Ressourceneinsatz, Ver- und Entsorgungsstrukturen zu klimapolitischen Gesamtkonzepten zusammenfassen.

### **Klimaneutrale Hauptstadt 2050**

Berlin ist sich seiner nationalen und globalen Verantwortung für den Klimaschutz bewusst und stellt sich der Herausforderung. Der Senat hat früh ambitionierte Ziele gesetzt. Die erste Wegmarke, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 1990 bis 2010 um ein Viertel zu senken, hat das Land bereits 2008 geschafft. Deshalb heißt das Ziel heute: 40 Prozent weniger CO<sub>2</sub> bis 2020. Und bis 2050 soll das Land sogar klimaneutral werden. Dies soll vor allem durch Maßnahmen zur Einsparung von Energie, den Einsatz effizienter Technologien und den Ausbau der erneuerbaren Energieträger gelingen.

Klimaschutz betrifft aber neben der Energiepolitik auch weitere zentrale Bereiche des landespolitischen Handelns: Bildung, Bauen und Wohnen, Wirtschaftsförderung und Beschäftigung, Innovation und Technologie wie auch die Stadtverwaltung. Folglich ist Klimaschutzpolitik eine Querschnittsaufgabe. Sie bindet alle Akteure - Unternehmer und Verbände, Verwaltungsmitglieder, öffentliche Einrichtungen, Bürger und Vereine – ein und fördert den kontinuierlichen Dialog, beispielsweise durch Netzwerke und Kooperationen. Darüber hinaus leistet sie Aufklärungsarbeit, um die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Klimaschutz zu sensibilisieren. So wurde beispielsweise im Jahr 2011 die BIK Berliner Informationsstelle Klimaschutz gegründet, die einen Überblick über die zahlreichen Aktivitäten zum Schutz von Klima und Umwelt in Berlin gibt.

### **Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Mittelpunkt**

Um die Klimaziele zu erreichen, spielen Erneuerungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung eine wichtige Rolle. Mit neun Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken (KWK-Kraftwerken), geschätzten 300 Blockheizkraftwerken und dem mit mehr als 1.500 Kilometern längsten Fernwärmenetz Westeuropas ist Berlin hier auf einem guten Weg. KWK kann die Energieausbeute bis auf 90 Prozent steigern. Das spart CO<sub>2</sub>. Diesen Vorsprung will der Senat ausbauen, um eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung sicherzustellen. In Berlin-Mitte steht das moderns-

te Heizkraftwerk Europas: Es wandelt etwa 90 Prozent der eingesetzten Primärenergieträger in elektrische Energie und Fernwärme um. Durch den Bau dieses Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerks konnten bislang in erheblichem Umfang CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Besonderes Augenmerk legt die Stadt auf den Gebäudesektor, denn rund 40 Prozent der gesamten Energie werden deutschlandweit für die Bereitstellung von Heizung und Warmwasser verbraucht. Ein enormes Klimaschutz-Potenzial bergen die ökologische und energetisch effiziente Bauweise oder Sanierung. Diese könnten den Endenergieverbrauch nach Angabe der Berliner Energieagentur innerhalb der kommenden zehn Jahre um zehn Prozent senken.

Der Senat hat mit der Berliner Energieagentur die Energiesparpartnerschaften entwickelt – ein Erfolgsmodell, das in ganz Deutschland und darüber hinaus Nachahmer findet. Das Prinzip: Ein Dienstleister (Contractor) übernimmt für einen festen Zeitraum das energetische Management öffentlicher Bauten, finanziert ihre energetische Sanierung und erhält dafür einen Teil der gesparten Energiekosten. Den Rest der Einsparung teilen sich Land und Contractor. Bisher hat das Land auf diese Weise 25 Pools mit mehr als 500 Liegenschaften und ca. 1.300 Gebäuden an Contractors vergeben. Die Eckpunkte des Erfolgs: rund 13 Millionen Euro weniger Energiekosten, eine Entlastung des Landeshaushalts um mehr als drei Millionen Euro und fast 70.000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahr.



*Gesprächsrunde mit den energie- und umweltpolitischen Sprechern der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, v.l.n.r.: Ute Holzhey (InfoRadio), Daniel Buchholz (SPD), Harald Wolf (Die Linke), Pavel Mayer (Piraten), Michael Schäfer (Grüne) und Dr. Michael Garmer (CDU).*

und hat mittlerweile die Marke von 30.000 Kilowatt Spitzenleistung (kWp) überschritten. Dabei sind 2.000 Inselanlagen ohne Netzanbindung nicht einmal eingerechnet. Auch die Biomassenutzung wird wichtiger – zum Beispiel lässt sich mithilfe von Altholz Energie gewinnen. Im Verkehrsbereich haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1999 verringert. Gründe dafür sind unter anderem der Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs sowie die Reduzierung des Autoverkehrs. Auch die 88 Quadratkilometer große Umweltzone innerhalb des S-Bahn-Rings zeigt Wirkung. Zufahrt in die Berliner Innenstadt haben nur noch Fahrzeuge, die bestimmte Abgasstandards einhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Energiestrategie des Berliner Senats ist, verstärkt erneuerbare Ressourcen wie Solarenergie zu nutzen. Schon heute verzeichnet das Solarkataster des Senats die 10.316 Anlagen in Berlin – knapp 7.300 solarthermische und an die 3.100 Photovoltaik-Anlagen. Die Solarstromleistung wächst

Berlin ist in diesem Jahr als eines von vier nationalen „Schaufenstern für Elektromobilität“ ausgewählt worden. Berlin als Metropole und Ballungsraum und Brandenburg als Energie- und Flächenland werden nun gemeinsam mit der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Wissenschaft das Thema Elektromobilität in der Hauptstadtregion in zahlreichen gemeinsamen Projekten vorantreiben. Im Schaufenster Berlin-Brandenburg sollen 74 Projekte umgesetzt werden, 14 globale Automobilmarken sind daran beteiligt. Hinzu kommen die Branchenführer in Automobilzulieferung, Energietechnik, Infrastruktur und Transport sowie die großen deutschen Energieversorger. Aber auch der Einsatz von Erdgas als Kraftstoff trägt zu einer Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz der Hauptstadt bei. Mit 19 Erdgastankstellen verfügt Berlin über das dichteste Tankstellennetz in Deutschland. Darüber hinaus ist Klimaschutz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine Wachs-

tumsbranche. In enger Kooperation mit Wissenschaft und Forschung entwickeln international erfolgreiche Berliner Unternehmen innovative Technologien. Sie ermöglichen es, erneuerbare Energien verstärkt einzusetzen und Ressourcen effizienter zu nutzen. Etwa 500 Firmen mit rund 42.000 Beschäftigten haben sich in der Region angesiedelt – die umwelt-freundliche und nachhaltige Wirtschaft hat einen Beschäftigungsanteil von 5,2 Prozent erreicht. Damit nimmt Berlin bundesweit den Spitzenplatz ein.

## **Schulterschluss für den Klimaschutz**

Klimaschutzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Gefragt sind Unternehmer und Verbände, Verwaltung und öffentliche Einrichtungen, Bürger und Vereine. Notwendig ist daher ein kontinuierlicher Dialog – politisch, technisch und wirtschaftlich. Die mittlerweile 3. Berliner Klimaschutzkonferenz am 4. Juni 2012 bot eine Plattform für den Austausch über bisher Erreichtes und bevorstehende Aufgaben. In diesem Jahr bildete die Zukunft der Berliner Energienetze einen inhaltlichen Schwerpunkt.

Wie in den vergangenen Jahren sind die Initiatoren der Veranstaltung die Senatskanzlei Berlin, GASAG und Vattenfall. Die beiden Unternehmen sind Mitglieder im Berliner Klimabündnis. Dieses besteht seit Oktober 2008 als Partnerschaft zwischen dem Berliner Senat und Unternehmen. 13 große Firmen haben sich bislang angeschlossen und eine Vereinbarung mit Vorhaben zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 unterzeichnet. Die Teilnehmer verpflichten sich zu konkreten Projekten, zum Beispiel der energetischen Modernisierung von Werksgebäuden.

Daneben bestehen Klimaschutzvereinbarungen zwischen dem Berliner Senat und einer Reihe privater Partner aus der Wirtschaft. Darunter sind Krankenhausbetreiber, Immobilienunternehmen und -verbände, aber auch landeseigene Einrichtungen wie Zoo oder Tierpark. Die Verträge schreiben genaue Ziele zur Reduktion des Schadstoff- und CO<sub>2</sub>-Ausstoßes fest, benennen den Zeitrahmen, das geplante Investitionsvolumen und die Maßnahmen, mit denen die Unterzeichner diese Ziele erreichen wollen. Sie liefern damit eine verbindliche Roadmap für das Klimaschutzengagement der Vertragspartner.

## **GASAG: Berlin verpflichtet**

Mit ihrem vierten Klimaschutzabkommen mit dem Berliner Senat leistet die GASAG einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Umweltbedingungen in der Hauptstadt. Bis 2020 will das Unternehmen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um eine weitere Million Tonnen im Vergleich zum ersten Klimaschutzabkommen 1998 verringern. Durch intelligente Energiekonzepte für den Wohnungsbau, für öffentliche Gebäude und Stadtentwicklungsprojekte unterstützt die GASAG die Klimaziele des Berliner Senats. Der verstärkte Einsatz von Erdgas spielt eine zentrale Rolle, denn von allen fossilen Brennstoffen setzt Erdgas die geringsten Mengen CO<sub>2</sub> frei. In zahlreichen Initiativen und Forschungsprojekten engagiert sich die GASAG für den energieeffizienten Einsatz des klimafreundlichen Erdgases und für die Förderung dezentraler Energieversorgung, etwa durch den Einsatz von GASAG-Klimakraftwerken unterschiedlicher Größe in Immobilien Berliner Wohnungsbaugesellschaften. Seit Januar 2011 versorgt die GASAG sämtliche eigenen Liegenschaften und Anlagen mit selbst erzeugtem Strom aus erdgasbetriebenen, dezentralen KWK-Anlagen, die besonders klimaschonend sind. Auch unterstützt das Unternehmen den Einsatz erneuerbarer Ressourcen wie die solare Wärmeerzeugung oder die Erzeugung von Bio-Erdgas. Die zweite Bio-Erdgas-Anlage des Konzerns in Schwedt nahm im November 2011 ihren Betrieb auf. Durch die Kombination von Solarenergie mit Erdgas lässt sich die Energiebilanz deutlich verbessern. Die GASAG hat auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes Mariendorf die größte Berliner Photovoltaik-Anlage mit einer Leistung von rund zwei Megawatt errichtet. Im Verkehrsbereich fördert die GASAG ebenfalls den verstärkten Einsatz von Erdgas: Mehr als 4.000 erdgasbetrie-

bene Autos sind bereits auf Berliner Straßen unterwegs. Durch den 20-prozentigen Einsatz von Bio-Erdgas an den Berliner Tankstellen verbessert sich die positive Umweltbilanz der Erdgasfahrzeuge weiter. Mit dem in GASAG-Klimakraftwerken erzeugten Strom sollen zukünftig auch Elektrofahrzeuge versorgt werden, die die GASAG Mietern in einem Car-Sharing-Projekt anbieten wird. Die GASAG beteiligt sich zudem an weiteren wichtigen Zukunftsthemen, wie der möglichen Nutzung der tiefen Geothermie in Berlin oder der Speicherung von Windstrom durch die Erzeugung von synthetischem Erdgas.

## **Vattenfall: Energiepartner für Berlin**

Im März 2009 hat das Unternehmen sein „Energiekonzept für Berlin“ vorgestellt und im Oktober 2009 mit dem Land Berlin eine Klimaschutzvereinbarung unterzeichnet. Vattenfall wird in den kommenden Jahren mehr als eine Milliarde Euro am Standort Berlin investieren. Ein besonderes Anliegen ist es neben Preis- und Versorgungssicherheit auch, die Emissionen zu mindern. Vattenfall unterstützt nicht nur das Land Berlin dabei, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern, sondern wird auch den eigenen Kohlendioxidstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990 um mehr als 50 Prozent senken. Das Unternehmen wird dazu seinen Berliner Kraftwerkpark zur Fernwärmeversorgung modernisieren, dezentrale Erzeugungsanlagen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere von Biomasse, und den Einsatz innovativer Technologien zur Erhöhung der Energieeffizienz in der Stadt ausbauen. Schon heute produziert Vattenfall an allen Berliner Standorten besonders ressourcenschonend nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) gleichzeitig Strom und Wärme. Der Fernwärmebedarf der Berliner Haushalte ist damit langfristig und klimafreundlich gesichert.

Im Virtuellen Kraftwerk kombiniert Vattenfall Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen zu einem vernetzten, flexibel regelbaren und zentral gesteuerten Anlagensystem. Ziel ist es dabei, erneuerbare Energien besser in die Strom- und Wärmeversorgung zu integrieren. Das Virtuelle Kraftwerk ist in der Lage, während der Wärmeproduktion mit den angeschlossenen Blockheizkraftwerken (BHKW) sowohl Strom zu produzieren als auch über die Wärmepumpen regenerativen Strom zu verbrauchen. Durch die zentrale Steuerung kann Vattenfall beispielsweise bei Windstromüberschuss im Netz gezielt die Wärmepumpen aktivieren, die den Windstrom CO<sub>2</sub>-frei in Wärme umwandeln und in Speichern für den Verbrauch vorhalten. Das Virtuelle Kraftwerk von Vattenfall versorgt bundesweit ca. 100.000 Wohneinheiten.

**Zusammenstellung: Ed Koch**

**Quellen: Veranstalter und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung**

**Fotos Seiten 1, 2 und 6: © Florian Lein**